

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringenslohn monatlich 60 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.70, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Poststraße 14, U. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Poststraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalt mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 67.

Dresden, Donnerstag den 21. März 1912.

23. Jahrg.

## Der Kampf um die Macht.

Die Januarwahlen des Jahres 1912 und der verlorene Mehrheitskampf der Sozialdemokraten sind zwei Gegenpole in der Entwicklung der deutschen Klassenkämpfe; selten haben Sieg und Niederlage einander zeitlich so nahe gestanden wie hier. Vor zwei Monaten jubelte das deutsche Arbeitervolk und mit ihm das Klassenbewusste Proletariat der ganzen Welt über die Größe eines noch nie erlebten gewaltigen Triumphes. Heute müssen 150.000 Vergewaltigte nach einem vorläufig erfolglos gebliebenen Lohnkampf knirschend in das alte Joch zurückkehren. Die bis an die Zähne bewaffnete Gewalt der herrschenden Klassen ruft der vorwärts stürmenden Arbeiterbewegung ein donnerndes „Halt!“ zu. „Erkennt die Grenzen eurer Macht!“

Der Gegenstoß zwischen dem Erfolg des politischen Kampfes und dem Mißerfolg des wirtschaftlichen liegt so klar auf der Hand, daß oberflächliche Betrachtung leicht dazu gelangen könnte, die Bedeutung politischer Siege der Arbeiterklasse für ihre wirtschaftlichen Klassenkämpfe gering zu schätzen. Das ist ein Irrtum, so könnte sie argumentieren, hunderte hunderttausend Wahlstimmen, wenn diese politischen Erfolge nicht der Ausbreitung wirtschaftlicher Machterweiterung sind, wenn die Arbeitslosen nicht verflucht, die Arbeitsverhältnisse nicht verbessert, die Arbeitslöhne nicht erhöht werden?

Und ganz gewiß kann der Kampf um politische Macht nicht sein Ziel in sich selbst finden, sondern er muß Mittel zum Zweck sein. Dieser Zweck kann aber kein anderer sein als die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Arbeiterklasse bis zu ihrer vollständigen Befreiung aus den Fesseln der kapitalistischen Lohnnechtigkeit!

Der aber die Gründe ernstlich untersucht, die zum Abbruch des Vergewaltigertums geführt haben, wird sie in einer schmerzlichen Ueberbetrachtung des rein politischen Machtkampfes nicht finden können. Sondern er wird im Gegenteil erkennen, daß gerade in solchen wirtschaftlichen Gigantenkämpfen es die politische Macht ist, die zuletzt die Entscheidung fällt. Die deutschen Arbeiter haben mit den letzten Reichstagswahlen im Sturm gegen die Feste des Klassenstaates einen gewaltigen Sprung vorwärts getan. Aber noch trennt sie vom Ziel mancher Meter, mancher breiter Graben. Und deshalb sehen sich ihre wackeren Kameraden im Reichsbüro um das Ziel ihres wirtschaftlichen Kampfes betrogen.

Den Terror der Grubenmagnaten, die gewaltige Macht ihres Kapitals haben sie gekannt, als sie in den Kampf zogen. Sie ließen sich dadurch nicht einschüchtern. Aber der wirtschaftlichen Despotie der Reichenbesitzer erstanden zwei mächtige Helfer: die in den politischen Organisationen der Kirche und des Staates. Im Nu verwandelte sich der wirtschaftliche Kampf in einen politischen Machtkampf.

Die Christlichen konnten nicht umhin, die Forderungen der Arbeiter als berechtigt anzuerkennen, und selbst die Regierung konnte nicht unterlassen, teilweise Erfüllung dieser Forderungen, wenn auch in verformelter, gänzlich unvollständiger Form in Aussicht zu stellen. Wenn die Christlichen trotzdem alles taten und selbst vor dem schändlichen Arbeiterverrat nicht zurückschreckten, um die Bewegung zum Scheitern zu bringen, wenn die Regierung trotzdem jede Vermittlung ablehnte und für die Streitenden nichts anderes übrig hatte als Maschinenengewehre, wenn Minister und Zentrumsglieder mit national-liberalen Scharmachern Hand in Hand arbeiteten, um den Streik durch Gewalt zu brechen, so geschah das aus Haß gegen die aufsteigende Machtklasse der Arbeiter, in der Hoffnung, einen Keil in die Bewegung zu treiben und sie verdrängen zu können. Ein Paradebeispiel für den Verlust von Bodum und Duisburg sollte nach der verurteilten Behauptung der Arbeiterfeinde die „Angelegenheit“ dieses Streiks sein! Man lacht andre nicht hinter dem Busch, wenn man nicht selber dahinter gesteckt hat. In Wirklichkeit war die Haltung der Regierung und der Christlichen im Vergewaltigertum die Hebanne für den gewaltigen Sieg der Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen.

Der „Machtkampf“ sollte den freigewerkschaftlich organisierten und sozialdemokratischen Arbeitern ausgetrieben werden. Und man erwartete von dem Gelingen dieses Experimentes, daß sich die Massen von ihren „Härrern“, deren Macht sie überhäupt hatten, deren Ohnmacht sie nun erkennen sollten, abwendend abwandeln würden. Man spezialisierte auf die gemeinlichste Instanz des Menschen, auf die Feigheit, die Wankelmütigkeit, die Treulosigkeit. Etel überfällt einen, wenn man liegt, wie die Vergewaltigten in der halbsozialistischen wie in der schwarzblauen Presse aufgestellt werden, nun an ihren „Härrern“ ihr Wütchen zu fühlen. An dem Tage, an dem die Vergewaltigten dieser Aufforderung zur Infamie nachkommen würden, dürften die Arbeiterfeinde frohlockend ausrufen: „Es ist erreicht!“

Die Arbeiter des Ruhrreviers und des ganzen Reiches sind aber viel zu reich an Erfahrungen des Klassenkampfes und in ihrer Klasse so fest erprobt in der proletarischen Tugend der Solidarität, als daß sie sich dazu verleiten lassen könnten, ihre eigene wachsende Machtklasse zu schädigen und ihre mit gebundenen Händen ihren Feinden auszuliefern. Sie sind mit gebundenen Händen ihren Feinden ausgeliefert. Sie werden vielmehr die Konsequenzen nach der umgekehrten Richtung ziehen. Für sie gilt es, die Führer der proletarischen Richtung, die gelben Organisationen des Zentrums, aus dem Wege zu räumen, um sich stark zu machen gegen

das Scharmachertum und den kapitalistischen Klassenstaat. Sie werden auch nicht bergessen, daß es nicht das Deutsche Reich des allgemeinen Wahlrechts war, das ihnen im Ruhrrevier mit Gendarmen und Militär entgegentrat, sondern das Preußen des Dreiklassenwahlrechts, der alte brutale Junkerstaat, der modernes Arbeiterrecht ebensowenig anerkennt wie konstitutionelles Staatsbürgerrecht. Können sich die Arbeiter wundern, daß man ihre gerechte wirtschaftliche Bewegung mit Gewalt niedergeworfen hat in einem Staate, in dem sie noch nicht einmal die Grundlage jedes freien Bürgerrechts, das gleiche Wahlrecht, errungen haben?

Wenn es den Siegern in diesem Kampfe gelungen ist, den Arbeitern den „Machtkampf“ auszutreiben, so haben sie damit nur nützliche Erziehungsarbeit geliefert. Es ist keineswegs gut, wenn sich eine kämpfende Armee für stärker hält als sie ist. Aber was ihnen nicht gelungen ist, nicht gelungen sein kann, das ist, die Massen des arbeitenden Volkes von der Ueberzeugung abzubringen, daß ihre Zukunft allein in der Ueberzeugung der politischen Macht liegt. Der Vergewaltigertum hat gezeigt, daß die Massen diese Macht noch nicht haben, es kommt aber alles darauf an, sie zu gewinnen.

## Preiserhöhungen des Spiritus-Syndikats.

K. Wenn gewöhnliche Sterbliche Opfer bringen, so bezahlen sie auf Verbilligung oder irgendeiner anderen Annehmlichkeiten. Ganz anders aber die Agrarier. Wenn sie Opfer bringen, so bedeutet das Erhöhung ihrer Gewinne oder Erweiterung ihrer Privilegien, kurz, sie erben dabei. Am Dienstag hat der Gesamtverband der Spirituszentrale beschlossen, die Verkaufspreise um 8 Mark zu erhöhen, mit Ausnahme derjenigen für Brennspiritus. Dieser Beschluß offenbart eine wirklich nicht mehr zu überbietende Meisterleistung des Opferbringens unserer Agrarier, die von den deutschen Spiritusverbrauchern die Kosten für die Aufhebung der Spiritussteuer einsparen, bevor diese Befreiung der Viebesgabe vom Parlament gefordert, geschweige denn beschlossen worden ist.

Die Viebesgabe, die bekanntlich darin besteht, daß bestimmte Brennereien für bestimmte Spiritusmengen (Kontingente) nur eine Verbrauchsabgabe von 105 M. zu zahlen haben, während für die Nichtkontingente die Verbrauchsabgabe 125 M. beträgt, ist von den preußischen Junkern, denen sie seit einem Menschenalter gewaltige Summen einbringt, oft als ein „Opfer“ bezeichnet worden, das den süddeutschen Brennereien gebracht wird. Wohlweislich aber haben die preußischen Zuseher der Viebesgabe gewünscht, daß die Regierung die Namen der Besitzer der Brennereiliebesgabe bekannt gebe. In dem Augenblick, in dem die Regierung mit dem Vorschlag der Aufhebung der Viebesgabe herortrat, um 40 Millionen Mark für die „Wehrvorlage“ daraus zu holen, vergaßen die Agrarier Preußens, daß sie mit der Annahme der Viebesgabe ein Opfer zu bringen vorgegeben hatten, sie setzten plötzlich, daß ihnen ein neues Opfer zugemutet würde, obwohl sie ohne Umschweife erklärten, sie wollten zum Ausgleich für eine Viebesgabenstreichung die entsprechenden Beträge den Kontingenten durch Preisbereuerung aufhalten.

Aber diesmal haben die „opferwilligen“ Schnapdbrenner sich selbst übertrieben. Durch die Erhöhung der Verkaufspreise um 8 M. schreibt die Spirituszentrale bereits für die Kontingenten eine Steuer aus, die sich annähernd auf den Betrag stellen wird, den die Nutznießer der Brennereiliebesgabe bezahlen. Da die norddeutschen Brenner und Viebesgabenehmer meist die dreifache Menge des Kontingentes brennen, so ist der Beweis für den vollen Ersatz eines etwaigen Wegfalls der Viebesgabe durch die Preiserhöhung ohne weiteres erbracht.

Nicht untersucht wird die Behauptung bleiben, die letzte Preiserhöhung stehe in gar keiner Beziehung zu der beabsichtigten Aufhebung der Viebesgabe, sie sei lediglich die Folge der teuren Karosellpreise. Das ist natürlich eine dreiste Ausrede, von der ihre Urheber wissen, daß sie kein sinniger Mensch glauben wird und glauben kann. Den erhöhten Karosellpreisen hat die Spirituszentrale in der laufenden Kampagne überreichlich Rechnung getragen. Vor dem Inkrafttreten des neuen Brennereiliebesgesetzes betrug der Preis untersteuert 46 M. für das Hektoliter, dann stieg er auf 52,90 M. und weiterhin wurden die Verkaufspreise erhöht:

- am 15. August 1911 von 52,90 M. auf 58,50 M.
- am 18. Januar 1912 von 58,50 M. auf 61,50 M.
- am 19. März 1912 von 61,50 M. auf 69,50 M.

Eine freudige Herausforderung, als sie hier durch die Spirituszentrale auf Grund ihrer Monopolstellung unternommen wird, ist wirklich kaum zu erkennen, und es ist auch noch kein anderes Karosell der Verbraucher geplündert. Und dieses Treiben begeben und verteidigen dieselben parlamentarischen Vertreter des Junkertums, die deutsche Vergewaltigten niedergeworfen und niedergeschossen wissen wollen, wenn sie sich gegen schimpfliche Behauptungen wehren und 1912 wenigstens den Lohnsatz von 1907 fordern.

## Landluft-Idylle.

Vor kurzem nahmen wir Vermerk von einer Rede, die der Greifswalder Professor Oldenberg im Deutschen Landwirtschaftsrat gehalten und worin er die Behauptung aufgestellt hat, daß der Geburtenrückgang in Deutschland in den Städten, zumal in den Großstädten, bedeutend schlimmer sei als auf dem Lande. In der Landwirtschaft ist die Deutsche Tageszeitung nochmals auf den Gegenstand zurückgekommen und hat wenigstens einige Zahlen aus Oldenbergs Darlegungen wiedergegeben. Danach soll ein auf dem Lande geborener Knabe (und die Mädchen?) durchschnittlich 46,3 Jahre zu leben, ein in der Großstadt geborener nur 42,7 Jahre. Von 1876—1880 sollen in Preußen auf 1000 heiratfähige Frauen unter 45 Jahren auf dem Lande 188 Geburten gekommen sein, in Berlin nur 149. Seitdem sei ein Rückgang eingetreten, auf dem Lande unbedeutend, in Berlin erschreckend: von 1905—1910 kamen auf 1000 heiratfähige Frauen unter 45 Jahren auf dem Lande 179 Geburten, in Berlin nur noch 89.

Ohne weiteres ist klar, daß diese paar Angaben auch noch viel zu gering sind, um daraus irgend etwas zu schließen. So z. B. kann Berlin nicht ohne weiteres als typisch für deutsche Großstädte gelten, weil es in jeder Hinsicht eine Ausnahmebildung einnimmt. Vielleicht wird die Rede Oldenbergs im Wortlaut veröffentlicht, dann wird man ihre gesamten statistischen Angaben prüfen und dazu Stellung nehmen können. Herr Certeil, den Chefredakteur der Deutschen Tageszeitung, hindert das freilich nicht. Schon jetzt auf Grund dieser paar Zahlen den städtischen „Alphalt“ als „Fehler der Volkstrost“ anzufangen und ihm im poetischen Ueberflusse den Segen des Landlebens gegenüberzustellen. Folgen wir einmal Herrn Certeil auf diesen Wogen, nehmen wir an, die Zahlen Oldenbergs seien richtig und die Schlussfolgerungen Herrn Certeils seien ebenso logisch und tief begründet, wie sie oberflächlich sind. Das heißt mit anderen Worten: wir wollen annehmen, daß das Leben in der Großstadt an und für sich und unter allen Umständen gesundheitsfördernd, lebensverlängernd, geburtenfördernd wirken müsse. Was würde dann daraus folgen?

Man wird sich vor allen Dingen sehr wundern müssen, warum denn Herr Certeil selber in der Großstadt, in dem flackernden Berlin, wohnen bleibt? Warum zieht er nicht gleich hinaus aufs freie Land, um wenigstens für seine Person und für seine Familie der volkverzehrenden Großstadtluft entgegenzuwirken? — Sollte man Herrn Certeil diese Frage vorlegen, so würde er vermutlich höchst unwirsch antworten, daß nur ein Narr so fragen könne; es liege doch klar auf der Hand, daß Arbeit, Beruf und Pflicht ihn in Berlin festhalten. Entweder ist er auf sein Gehalt angewiesen, oder er fühlt sich aus freiem Pflichtgefühl veranlaßt, in seinem Vaterland „zum Heil des Vaterlandes“ zu wirken; auf alle Fälle muß er da wohnen, wo das Blatt gedruckt wird, und das ist, wie die Dinge heute liegen, nur in einer Großstadt, ja man kann sagen, nur in Berlin möglich.

Solche Antwort wäre gemäß zutreffend. Aber genau dasselbe gilt natürlich auch für die Tausende und Über-tausende, die außer Herrn Certeil in der Großstadt wohnen. Sie alle möchten wohl lieber ihr Leben auf dem Lande verbringen, aber — sie können nicht. Das Lebensnotdurft, die harte Not, die Arbeitslosigkeit halten sie in der Stadt. Sind nun die Großstädte wirklich die Verheerenden, als die Herr Certeil sie darzustellen beliebt, so hat es doch gar keinen Sinn, auf sie zu schimpfen, sondern dann sollte der wahre Vaterlandsfreund vielmehr auf Mittel und Wege denken, ihrer giftigen Wirkung zu begegnen. Zwei Aufgaben wären dann zu lösen, die erste, nächstliegende: dem Großstadtleben seinen giftigen Stachel so viel wie möglich abzustumpfen; und die zweite, ferner liegende, aber für die Dauer bestimmte: Die Großstädte überhaupt aufzulösen, die Vorteile von Stadt und Land gegenseitig auszutauschen und auszugleichen.

Das allermindeste aber wäre doch, daß man den — immer noch Herrn Certeil — schon so gefährdeten Großstädtern das Leben nicht noch schmerzlicher macht. Leiden sie schon unter den überfüllten Wohnungen, unter der schlechtesten Luft des Alphalts, unter den teuren Preisen, die ihre Existenzdrängung und starke Nachfrage von selbst hervorruft, so darf man ihnen nicht durch Hülfe und Abgaben die Lebensbedürfnisse noch mehr verteuern. Das aber tut bekanntlich Herr Certeil als Volkshilfer seiner Vater. Der weitaus größte Teil des Volkes wohnt nun einmal in den Städten, er vergrößert sich immer noch. Der diesen weitaus größten Teil Nahrung und Wohnung und Heizung usw. verteuert, der verdunkelt — immer nach Herrn Certeils eigener Logik — die giftigen Wirkungen und Untergrabung unserer Volkstrost schuldig.

Und sollte Herr Certeil an die zweite Aufgabe herangehen, an die Auflösung der Großstädte, so würde er zu seinem Staunen bald merken, daß er sich in sehr guter, aber ihm sehr ungewohnter Gesellschaft befindet, nämlich in der Gesellschaft der Sozialdemokraten! Es ist in der Tat ein ganz unsinniger Zustand, daß an einzelnen Punkten die Massen millionenweise aneinander gedrängt liegen, sich gegenseitig Licht und Luft wegnehmen, die Verschaffung des Lebensunterhalts sehr erschweren und dadurch verteuern, während draußen meilenweite Strecken Landes fast verödet sind. Erst